

INHALT

1. CDU fordert Planungssicherheit für Soldaten, Zivilbedienstete und betroffene Kommunen
2. SPD-Fraktionschef sorgt für Eklat im Landtag
3. Tarifautonomie wird gestärkt
4. Mehr Leistungen für Demenzkranke und pflegende Angehörige
5. Tourismusstrategie des Landes erfolgreich
6. Gespräch zum Buß- und Betttag

17.11.2011

CDU fordert Planungssicherheit für Soldaten, Zivilbedienstete und betroffene Kommunen Regierungserklärung zur Bundeswehrreform

Mit einer Regierungserklärung von Ministerpräsident Peter Harry Carstensen zur Bundeswehrstrukturreform begann der zweite Tag der Novembersitzung des Landtages. Carstensen drängte erneut auf Bundeshilfen und einen konkreten Zeitplan. Berlin stehe auch finanziell in der Pflicht den Kommunen bei der Umwandlung der Standorte - der Konversion - zu helfen. Im Dezember sei dazu ein Gespräch der Ministerpräsidenten mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) geplant.

Dass Oppositionsführer Ralf Stegner anschließend der Landesregierung vorwarf, anders als SPD-Regierungen Schleswig-Holsteins Interessen im Bund nicht durchgesetzt zu haben, war erwartbar und wurde deshalb sogar vom Grünen Fraktionschef Robert Habeck kritisiert. CDU-Fraktionschef Johannes Callsen zeigte sich auf Stegners Vorwurf gut vorbereitet. Er konterte umgehend mit einem Zitat des SPD-Spitzenkandidaten Torsten Albig: „Was wir von Ihrer Interessenvertretung für das Land zu halten haben, hat Ihr Spitzenkandidat ja erst neulich im Hamburger Abendblatt mitgeteilt: "Viele Briefe die das Land an den Bundesfinanzminister geschrieben hat, sind unbeachtet geblieben. Ich weiß das, ich durfte sie abheften", wird Albig im Abendblatt zitiert. Eine SPD und einen SPD-Spitzenkandidaten, die die Interessen unseres Landes einfach abheften, braucht Schleswig-Holstein nicht“, stellte Callsen klar.

So sei es dem großen Einsatz unserer Landesregierung zu Verdanken, dass zum Beispiel das Spezialpionierbataillon mit seiner Einsatzfähigkeit im Katastrophenschutz in Husum erhalten bleibe. „Diese Landesregierung hat dafür gesorgt, dass das Kriterium „Katastrophenschutz“ überhaupt aufgenommen wurde“, betonte Callsen. Der Erhalt der Pioniere sei daher nicht nur ein Erfolg für die Westküste, sondern auch für den Schutz bei Naturkatastrophen.

Natürlich seien die Auswirkungen von signifikanten Truppenreduzierungen, wie in Kiel oder Boostedt schmerzlich. Noch stärker gelte dies dort, wo Standorte aufgegeben würden. Callsen:

„Die Landesregierung und die Ministerpräsidenten-Konferenz haben sofort reagiert und beim Bund ein Maßnahmenbündel abgefordert, um die zum Teil gravierenden Auswirkungen der Standortentscheidungen für die Betroffenen abzufedern.“

Der Bund müsse den Konversionsstandorten auch finanziell helfen, forderte der CDU-Fraktionschef. Bundesbauminister Peter Ramsauer habe bereits signalisiert, dass er einen Hilfsfonds für diejenigen Städte und Gemeinden einrichten wolle, in denen Bundeswehrstandorte geschlossen werden.

„Es ist vorgesehen, dass Erlöse aus dem Verkauf von teuren Liegenschaften der Bundeswehr in den Hilfsfonds fließen, aus dem dann strukturschwache Gemeinden einen Ausgleich bekommen sollen. Diese Hilfe des Bundes werden wir konsequent einfordern“, betonte Callsen.

Auch werde die CDU einfordern, dass die konkreten Schritte an den einzelnen Standorten möglichst bald offen gelegt werden. Der Fraktionschef: „Die betroffenen Soldaten, zivile Mitarbeiter und die Kommunen brauchen Planungssicherheit.“

Die Regierungserklärung von Ministerpräsident Peter Harry Carstensen finden Sie unter: http://schleswig-holstein.de/STK/DE/Startseite/Artikel/111117_BundeswehrreformRegierungserklaerung.html

Den Antrag der Koalitionsfraktionen finden Sie unter: <http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/1900/drucksache-17-1974.pdf>



Johannes Callsen, MdL

SPD-Fraktionschef sorgt für Eklat im Landtag Stegner twittert wieder

Erneut hat SPD-Fraktionschef Dr. Stegner mit zwei mittlerweile gelöschten „Twitter“-Einträgen für einen handfesten Eklat gesorgt. Nach dem Ende der gestrigen Plenardebatte verbreitete er unter anderem: „Im übrigen sind CDU Schatzmeister Arp&Kubicki&Co willige Türöffner für Online-Poker-Legalisierung. Schwarzgeldwäscher werden sich bedanken!“ und weiter „Eigentlich hätte man Glücksspielgesetz, Geldwäschantrag+Prostitutionsgesetz gemeinsam beraten können=Logik d. Wertschöpfung ala Arp&Kubicki!“

In einer persönlichen Erklärung forderte FDP-Fraktionschef Wolfgang Kubicki für diese Unterstellungen heute im Landtag eine Entschuldigung. Stegner verweigerte diese zunächst. Der SPD-Fraktionschef bezog sich in seiner Begründung für die Twitter-Angriffe auf eine Pressemitteilung von Hans-Jörn Arp, in der dieser „einen Pokerweltmeister gelobt“ habe. Er

habe nicht unterstellt, dass „die beiden genannten Protagonisten persönliche Verwicklungen in diese Bereiche hätten“, so Stegner, der insofern keinen Anlass für eine Entschuldigung sah.

Tatsächlich nimmt der CDU-Abgeordnete Hans-Jörn Arp in der von Stegner angeführten Pressemitteilung lediglich den Lebenslauf des Pokerweltmeisters zum Anlass für seine erneute Forderung, „den Internetmarkt über unter Auflagen vergebene Konzessionen der Kontrolle zuzuführen.“ Und weiter: „So können wir den Schutz derjenigen Spieler sicherstellen, die bereits heute im Netz unterwegs sind.“

Nach einer eilig einberufenen Sitzung des Ältestenrates erklärte SPD-Fraktionschef Stegner dann, es habe ihm vollständig fern gelegen, die beiden persönlich verletzen zu wollen. Sollte dieser Eindruck entstanden sein, bedauere er das.

Für den CDU-Landesvorsitzenden Jost de Jager war der Vorgang Anlass, sich zu Wort zu melden: „Offenbar führt er nicht nur das Wort in der SPD, sondern prägt weiterhin die Außenwirkung seiner Partei. Damit eröffnet die SPD für sich - ungeachtet der halbherzigen Entschuldigung von Herrn Stegner im zweiten Anlauf - einen Schmutzwahlkampf. Dies entspricht nicht meinem Verständnis von politischer Kultur, auch nicht im Wahlkampf. Wir beteiligen uns daran ausdrücklich nicht“, erklärte er in einer Pressemitteilung.

Die Pressemitteilung von Hans-Jörn Arp finden Sie unter:

http://www.cdu.ltsh.de/content/personen/Arp_28/archiv/2011-11-09_2552.html

Tarifautonomie wird gestärkt

CDU und FDP lehnen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro/Stunde ab

Mit einem Antrag forderte die SPD-Fraktion heute im Landtag einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn, dessen „absolute Untergrenze“ bei 8,50 Euro liegen sollte.

CDU und FDP hielten dagegen. Sie sprachen sich stattdessen für „verbindliche Lohnuntergrenzen, die sich an marktwirtschaftlichen Gegebenheiten orientieren“ aus. Voraussetzung dafür soll sein, dass die Lohnuntergrenzen nach Branchen und Regionen differenziert von einer Kommission ermittelt werden, der die Tarifpartner angehören.

„Wir brauchen keine Antworten des Sozialismus, sondern Antworten der sozialen Marktwirtschaft. Lohnfindung läuft nicht nach den Regeln einer Versteigerung: Erstgebot 8,50 Euro, wer bietet mehr?“, begründete CDU-Fraktionschef Johannes Callsen die Ablehnung.

Verbindliche Lohnuntergrenzen seien zwar der richtige Weg, um gerechte Löhne zu gewährleisten, es sei jedoch Sache der Tarifpartner diese festzulegen: „Die weit überwiegende Mehrheit der Unternehmen in Schleswig-Holstein zahlt ordentliche Löhne“, stellte Callsen fest.

Der Arbeitsmarkt in Schleswig-Holstein habe in den vergangenen Jahren einen gewaltigen Sprung nach vorne gemacht. Ausgehend von 180.000 Arbeitslosen, die rot-grün 2005 hinterlassen habe, konnte die Zahl inzwischen auf unter 100.000 Arbeitslose gesenkt werden. „Gleichzeitig sind neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze in vergleichbarer Zahl entstanden. Dies ist die beste Botschaft für die Menschen in Schleswig-Holstein“, so der Fraktionschef.

Im Hinblick auf den Vorwurf der Opposition, viele Arbeitsplätze würden im „Niedriglohnsektor“ geschaffen, wies Callsen darauf hin, dass die Statistik den

Niedriglohnsektor bis zu einer Höhe von 1.800 Euro Monatseinkommen berücksichtigt.

„Zum Vergleich: Bei 8,50 Euro Mindestlohn, wie ihn die Opposition gerne fordert, kommt man als Vollzeitbeschäftigter auf einen Bruttolohn von 1.400 Euro“, betonte Callsen. Staatlich verordnete Löhne – wie sie die SPD fordert - hätten mit marktwirtschaftlicher Orientierung nichts mehr zu tun. Sie machten Lohnfindung zu einem Wahlkampfthema ohne Rücksicht darauf, ob diese Löhne in den einzelnen Branchen oder Regionen auch tatsächlich zu erwirtschaften seien. Ein Lohn in München könne ein ganz anderes Niveau haben als in Schleswig-Holstein. „Bei gesetzlichen Mindestlöhnen, die sich nicht an marktwirtschaftlichen Gegebenheiten orientieren, würden gerade gering qualifizierte Menschen ihren Arbeitsplatz verlieren“, betonte Callsen.

Den Antrag der Koalitionsfraktionen finden Sie unter:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/1900/drucksache-17-1977.pdf>



Johannes Callsen, MdL

Mehr Leistungen für Demenzkranke und pflegende Angehörige Demenzversorgung soll in sozialräumliche Infrastrukturplanung einfließen

CDU und FDP in Schleswig-Holstein wollen die Leistungen für Demenzkranke und deren Angehörige weiter verbessern. Das erklärte die sozialpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Ursula Sassen, in ihrem heutigen Debattenbeitrag zu einem entsprechenden Antrag der Koalitionsfraktionen.

Der Druck auf alle Beteiligten – insbesondere auf die Politik – wachse angesichts der demographischen Entwicklung und deren Folgen, so dass der Ruf nach Aktionsplänen und Handlungskonzepten nahe liege.

„Für uns haben sechs zentrale Forderungen bei der Verbesserung der Situation der Betroffenen Vorrang“, erklärte Sassen. Sie benannte konkret:

1. Die Aufklärung und Information
2. Die stärkere Einbeziehung der Hausärzte
3. Die Entlastung der pflegenden Angehörigen
4. Die Definition des Pflegebedürftigkeitsbegriffs
5. Die Sensibilisierung der Öffentlichkeit
6. Die Präventionsarbeit zur Vermeidung von Demenz

Nach einer Studie der Deutsche Gesellschaft für Gerontopsychiatrie und -Psychotherapie e.V. zur Demenzversorgung im ambulanten Sektor 2008 werde eine Vielzahl von Demenzkranken, die zu Hause versorgt werden, nicht ärztlich diagnostiziert und daher auch nicht optimal medikamentös versorgt. „Und die Hauptursache dafür, dass Demenzkranke ins Heim umziehen müssen, ist eine Überforderung der pflegenden Angehörigen“, stellte Sassen fest.

Der Grad der Pflegebedürftigkeit werde vornehmlich an körperlichen Defiziten fest gemacht. Die Einschränkungen Demenzkranker bei der Alltagskompetenz und der Teilhabe am sozialen Leben würden kaum berücksichtigt. Dies sei nicht mehr zeitgemäß, betonte die Sozialpolitikerin.

Durch gesunde Lebensweise, Bewegung, geistige Regsamkeit und eine frühzeitige Gabe von Medikamenten könne der Krankheitsverlauf der unheilbaren Demenz zumindest verzögert werden.

Sassen betonte, Schleswig-Holstein habe gemeinsam mit den Pflegekassen und der Alzheimer Gesellschaft das „Kompetenzzentrum Demenz“ auf den Weg gebracht. Die CDU-Abgeordnete: „Dadurch werden die landesweiten Koordinierungs- und Beratungsaufgaben zum Thema „Demenz“ gebündelt. Auch die Pflegestützpunkte leisten einen wichtigen Beitrag.“

Abschließend wies die Sozialexpertin auf einen Beschluss der Bundesregierung von gestern (16. November 2011) hin. Darin wurden Eckpunkte mit dem Ziel einer besseren Hilfe für Demenzkranke und mehr Unterstützung für pflegende Angehörige beschlossen: „Dies ist ein wegweisender Schritt“, betonte Sassen abschließend.

Den Antrag der Koalitionsfraktionen finden Sie unter:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/2000/drucksache-17-2005.pdf>



Tourismusstrategie des Landes erfolgreich

Förderung der Regionalen Tourismusverbände bleibt stabil, Sockelförderung für die Tourismus-Agentur Schleswig-Holstein

Trotz der angespannten Haushaltslage wird die Tourismusagentur Schleswig-Holstein (TASH) weiterhin mit einem Sockelbetrag gefördert. Dafür wird erwartet, dass die Gesellschafter der TASH einen angemessenen Eigenanteil zur Aufstockung leisten. Die Förderung der Regionalen Tourismusverbände soll nicht reduziert werden. Dies geht aus einem gemeinsamen Antrag von CDU und FDP hervor, der heute im Landtag beschlossen wurde.

„Die CDU-Fraktion begrüßt die Entscheidung des Wirtschaftsministeriums, die Förderung der TASH ab 2015 nicht auf „Null“ zu stellen, sondern dann aus Mitteln des Ministeriums eine Sockelfinanzierung von 500.000 € dauerhaft zur Verfügung zu stellen“, erklärte Karsten Jasper in seinem Debattenbeitrag. Zusätzlich stehe das Angebot des Ministers, im Rahmen der EU-Strukturfonds weitere 250.000 € über eine Projektförderung in die TASH zu geben. „Dies also ist keine zusätzliche Kreditfinanzierung, sondern es wird an den Beschlüssen der Haushaltsstrukturkommission festgehalten“, betonte Jasper.

Der Wirtschaftspolitiker hob die bisherigen Bemühungen der TASH im Bereich der Kosteneffizienz und der Aufgabenoptimierung hervor, durch die bereits jetzt erhebliche Einsparungen erreicht worden seien: „Unser Dank gilt hier dem Geschäftsführer der TASH, Herrn Christian Schmidt, und dem DEHOGA-Präsidenten Peter Bartsch als Vorsitzendem der Gesellschafterversammlung“, so Jasper. Das Tourismusmarketing sei durch die Aufgabenteilung bei der TASH, die Regionalen und Lokalen Tourismusorganisationen, die sich gerade in jüngster Zeit in ganz Schleswig-Holstein gründen, absolut auf dem richtigen Weg.

Richtig sei auch die von der CDU-geführten Landesregierung vorgenommene Ausrichtung des Tourismus auf die drei Zielgruppen, Neue Familien, Aktive Senioren und Anspruchsvolle Genießer. „Schleswig-Holstein ist wieder eine Top-Adresse unter den Urlaubsdestinationen: Wir belegen Platz drei nach Bayern und Mecklenburg-Vorpommern bei den beliebtesten Urlaubszielen“, betonte Jasper.

Den Antrag der Koalitionsfraktionen finden Sie unter:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/2000/drucksache-17-2006.pdf>



Karsten Jasper, MdL

Gespräch zum Buß- und Betttag

CDU-Landtagsfraktion und Evangelischer Arbeitskreis diskutieren Wege der Ökumene

Am gestrigen (16. November 2011) Abend empfingen der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Johannes Callsen, und die kirchenpolitische Sprecherin der Fraktion und Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU, Herlich-Marie Todsens-Reese, im Casino des Landeshauses rund 50 interessierte Gäste. Mit Vertretern beider christlicher Konfessionen sprachen sie und ihre Gäste über den Dialog zwischen den Kirchen.

Während des Gespräches wurde sowohl das Verbindende als auch das Trennende angesprochen. Die Dreifaltigkeit, die Taufe und die Gnade Gottes bilden den Zusammenhalt der Christen, betonte Bernadette Kuckhoff, die Ökumenebeauftragte des Erzbistums Hamburg. Gothart Maggaard, Bischofsbevollmächtigter im Sprengel Schleswig und Holstein, unterstrich die vielen Arten der Begegnung von der Ebene der Gemeinde bis hin zur Ebene der Bischöfe und ökumenischen Kirchentage.

Deutlich wurde, dass das Thema Ökumene für viele einfache Gemeindemitglieder etwas Abstraktes an sich hat. In den Gemeinden vor Ort werde größtenteils ein gemeinsames Miteinander gelebt, während sich auf theologischer Ebene Streitpunkte ergeben.

Als unüberbrückbar wurden einige Glaubensgrundsätze, wie beispielsweise das Amts- und Kirchenverständnis der Katholischen Kirche, angesehen. Dabei wurde betont, dass die evangelischen Christen oft sehr fordernd gegenüber den Katholiken auftreten. Der Besuch des Papstes in Deutschland in diesem Jahr habe in diesem Punkt vieles verdeutlicht und Akzente im gemeinsamen Dialog gesetzt.



v.l.: Bernadette Kuckhoff, Gothart Maggaard, Herlich-Marie Todsen-Reese (MdL), Dieter Engler, Dr. Bernd Brandes-Druba

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de